

Frankfurt, den 19.10.20

Stellungnahme der Hessischen Stadt- und Kreiselternbeiräte zum Schulstart nach den Herbstferien

Der Schulstart nach den Herbstferien lässt die Hessischen Stadt- und Kreiselternbeiräte mit Sorgen auf die kommenden Wochen und Monate blicken.

Nach wie vor existiert kein landesweit verbindliches Konzept zum Umgang mit der Pandemie an Schulen. Somit herrscht weiterhin große Unsicherheit und inzwischen auch Verärgerung in den Schulgemeinden.

Die gemeinsamen regionalen Corona-Maßnahmen, ab einem Inzidenz von über 50, eine generelle Maskenpflicht für alle Schülerinnen und Schüler ab der 5. Klasse für zunächst 14 Tage nach Ende der Herbstferien und die generelle Empfehlung auszusprechen, den Schulsport für alle Schülerinnen und Schüler ab der 5. Klasse für zunächst 14 Tage nach Ende der Herbstferien nur kontaktlos und im Freien stattfinden zu lassen bzw. für die Grundschulen die Empfehlung auszusprechen, den Schulsport in diesem Zeitraum kontaktlos durchzuführen, sind keine Konzepte!

Diese Maßnahmen, wie die Maskenpflicht im Unterricht, regelmäßiges Stoßlüften oder gar eine Verlängerung der Winterferien stellen hierbei kaum mehr als Notlösungen dar, die aufzeigen, dass die notwendigen Konsequenzen aus den letzten Monaten der Pandemie schlicht nicht gezogen wurden. Es fehlt eine zentrale Steuerung und Vorgabe von Maßnahmen die nicht nur dazu dient, die Verantwortung auf lokale Träger und Dezernate abzuwälzen, sondern geeignet ist, das hessische Schulsystem sowohl fit für die Pandemie mit all Ihren Herausforderungen, als auch für die digitale Zukunft zu machen.

Mit einigen wenigen Ausnahmen sind die Schulen weiterhin digital nicht gut aufgestellt, weswegen die aktuelle Meldung des Kulturministeriums, dass die Schulen auch unabhängig von der Infektionslage digital-gestützten Distanzunterricht anbieten dürfen, kaum reale Umsetzungsmöglichkeiten gegenüber stehen. Es sieht eher wieder nach einer Verschiebung der Verantwortung an die Schulträger aus, ohne die Realitäten der Schulen zu berücksichtigen.

In den meisten Städten fehlt zum digitalgestützten Distanzunterricht flächendeckende Ausleuchtung mit W-LAN in allen Klassenräumen. Zusätzlich ist in vielen Kreisen noch nicht einmal die nötige Versorgung mit Glasfaserkabel bzw. ein entsprechender Breitbandanschluss vorhanden. Weiterhin sind auch Schüler*Innen und Lehrkräfte vielerorts nicht ausreichend mit digitalen Endgeräten ausgestattet und Lehrer*Innen warten auf ihre digitalen Fortbildungen. Die Ertüchtigung des hessischen Schulportals mit ausreichend Kapazitäten für tausende Nutzer und einer verlässlichen Videokonferenz-Funktion lässt weiter auf sich warten. So wird es gerade weiterführenden Schulen unmöglich gemacht, auf die Möglichkeit des hybriden Unterrichts zurückzugreifen. Hierdurch



werden die Schüler*Innen im Falle (teilweiser) Schulschließungen ihrer Chancen auf qualifizierten Unterricht beraubt und die Bildungsungerechtigkeit nimmt weiter zu.

Die Empfehlung des Robert Koch Instituts vom 12.10.2020 enthält ganz klare Präventionsmaßnahmen für die Schulen. Daher sind insbesondere die von den allgemeinen Regelungen geltenden Sonderregelungen für den Schulbetrieb zu hinterfragen. Seitens der Politik wird darum geworben, allgemeine Kontakte auf das absolut Notwendige zu beschränken. In Gebieten mit hohen Fallzahlen darf man sich nicht mit mehr als 5 Personen im öffentlichen Raum treffen, private Treffen und Feiern sind auf unter 50 Personen beschränkt. Gleichzeitig wird aber hingenommen, dass in Schulen mehrere Hundert, teilweise über Tausend Schüler*Innen aufeinandertreffen. Dies oft sogar mit gemischten Lerngruppen im Religionsunterricht und der zweiten Fremdsprachen, die klassenübergreifend stattfinden.

Führt man jedoch wieder geteilte Klassen ein, um den Abstand während des Unterrichts zu wahren, so ergeben sich insbesondere in den Klassen 1-6 für die berufstätigen Eltern die Schwierigkeiten, die Betreuung ihrer Kinder zu gewährleisten.

Hier müssen unbedingt Betreuungsangebote für berufstätige Eltern geschaffen werden:

Ein weiteres großes Problem ist ebenfalls das Abstandhalten in Bussen und Bahnen, welches nur möglich ist, wenn mehr Fahrzeuge eingesetzt werden.

Daher begrüßen wir die Initiative des Land Hessen sehr, zusätzliches Geld für die Entzerrung zur Verfügung zu stellen.

Die nächsten Schritte müssen klar sein:

- Wir unterstützen den Appell der 20 größten Elternverbände und vieler Landeselternbeiräte von letzter Woche in ihrer Forderung, umgehend Stufenpläne zu erarbeiten und kleinere Lerngruppen zu planen und Möglichkeiten zu prüfen, den Schulbetrieb auf Hybrid-Unterricht im Schichtbetrieb umzustellen.

Dies mit der dringenden Sicherstellung, Betreuungsangebote für die für die berufstätigen Eltern der SUS aus Klassen 1-6 vorzuhalten.

- Wir begrüßen, dass 10 Millionen Euro für die Anschaffung von Luftfilteranlagen bereitgestellt werden, um dort, wo die Fenster sich nicht öffnen lassen und keine Lüftung erfolgen kann, diese Filter einzusetzen, jedoch sollten aus unserer Sicht alle Klassenräume unverzüglich mit Raumluftfilteranlagen mit Hepafiltern der Stufe H 13-14 ausgestattet werden, um den Aerosolgehalt der Raumluft effektiv zu senken und damit die Infektionsgefahr für Schüler*Innen und Lehrkräfte zu minimieren, sowie die Unterkühlung der Klassenräume und ständige Unterrichtsunterbrechungen zu vermeiden.



Langfristig müssen dringend Gelder bereitgestellt werden, um marode Fenster in Schulen auszutauschen. Dies ist auch erforderlich im Hinblick auf die klimabedingt ansteigenden Temperaturen im Frühsommer bis Herbst.

- Die Umsetzung der Digitalisierung darf nicht weiter aufgeschoben werden. Es bedarf verpflichtender Konzepte der Schulen zur Umsetzung der Digitalisierung vor 2024! Die Schulen brauchen jetzt eine umgehende, unbürokratische Hilfestellung bei der Erarbeitung der Konzepte für ihre Schule, der Auswahl der digitalen Endgeräte und der Schulung der Lehrer zur Umsetzung des Digitalpaktes in Hessen.
- Die Schulen müssen JETZT mit W-Lan und Breitbandanschluss ausgestattet werden. Es sind mobile Alternativen bis zur Ausstattung zur Verfügung zu stellen.

Unterzeichner:

StEB Frankfurt
KrEB Offenbach
KrEB Hochtaunuskreis
StEB Wiesbaden
StEB Hanau
StEB Fulda
KrEB Fulda
KrEB Odenwaldkreis

KrEB Maintaunuskreis
KrEB Groß-Gerau
KrEB Vogelsbergkreis
KrEB Waldeck-Frankenberg
KrEB Darmstadt Dieburg
KrEB Wetteraukreis
KrEB Limburg-Weilburg

